

Doehring, Carl

Article — Digitized Version

## Hochkonjunktur und Zahlungsmoral

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Doehring, Carl (1960) : Hochkonjunktur und Zahlungsmoral, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 9, pp. 492-494

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133018>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

bare Menge bestimmt erheblich überschreiten wird, bliebe nichts anderes übrig, als den Getreideüberschuß entweder mit Exportprämien zu exportieren — wie es heute schon geschieht — oder zu eosinieren und als Futterweizen zu entsprechend niedrigen Preisen zu verkaufen.

Der Einnahmeausfall, den die deutsche Landwirtschaft durch die Senkung der deutschen Preise auf das „europäische Mittel“ erleiden wird, ist gewiß nicht unbeträchtlich. Es besteht sicherlich die Möglichkeit, unter Ausnutzung der gesenkten Preise für zugekauftetes Futtergetreide einen gewissen Ausgleich beim Verkauf der tierischen Produkte zu erzielen, die mit diesem billigen Getreide erzeugt werden. Man würde aber der deutschen Landwirtschaft nicht die Wahrheit sagen, wenn man behaupten würde, daß eine Nettoverringerung der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse vermieden werden kann oder daß sogar die seit Jahren von Jahr zu Jahr eingetretene Steigerung der Verkaufserlöse um jährlich 1 oder 1,5 Mrd. DM sich fortsetzen wird. Die Strukturverbesserung der deutschen Landwirtschaft im Sinne des Verschwindens von allzu kleinen Betrieben wird unter dem Druck dieser Preisverhältnisse rascher vor sich gehen, als es ohnedies der Fall gewesen wäre.

Die Kosten der landwirtschaftlichen Betriebe aber werden steigen, vor allem die Lohnkosten. Wenn die deutsche Wirtschaft sich einigermaßen normal entwickelt, können wir für die Zukunft eine jährliche Steigerung der Produktivität und damit der Löhne außerhalb der Landwirtschaft von etwa 3,5% ansetzen. Dies bedeutet eine Ver-

doppelung der Löhne in zwanzig Jahren, und das Lohnniveau in der Landwirtschaft kann davon nicht unberührt bleiben.

Es wäre unangebracht, die soziologischen und sozialen Konsequenzen dieser Tatsache zu verniedlichen. Der Transfer von 1 Mill. Arbeitskräften aus landwirtschaftlicher in nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit, den wir in den Jahren nach 1950 zustande gebracht haben, ist verhältnismäßig schmerzlos vor sich gegangen. Es handelte sich überwiegend um fremde Arbeitskräfte, die durch Mechanisierung entbehrlich gemacht werden konnten, oder um mithelfende Familienangehörige, die zum Teil nur ungenügend beschäftigt waren. Ein großer Teil dieser Familienangehörigen ist sogar in der Wohngemeinschaft verblieben und trägt mit seinem nichtlandwirtschaftlichen Einkommen zum gesamten Familieneinkommen in erfreulicher Weise bei. Die Zahl der Betriebe aber, die in diesem Zeitraum verschwunden sind, liegt nur in der Größenordnung von rd. 140 000, d. h. etwa 7,3% der Gesamtzahl der 1950 ausgewiesenen Betriebe. Bei einem Transfer von Arbeitskräften um eine weitere Million Menschen wird aber der größere Teil dieses Transfers in der Form vor sich gehen, daß Betriebe verschwinden, und das ist — insbesondere wenn sich dieser Vorgang auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum zusammendrängt — eine sehr ernste Angelegenheit.

Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird große Opfer bringen müssen, um diesen Vorgang für die Landwirtschaft möglichst schmerzlos zu gestalten. Ein Mittel dafür ist das Ansiedeln von Industrien

mit hoher Arbeitskapazität in bisher einseitig agrarischen Gebieten. Eine ganz besonders wichtige Maßnahme besteht in der Bereitstellung erstklassiger Berufsausbildungsmöglichkeiten nicht nur für zweite Bauernsöhne und für Bauerntöchter, sondern auch für die Bauernsöhne, die ohne diesen Transfer Hoferbe geworden wären. Wenn sie nun stattdessen außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigung finden sollen, und zwar eine Beschäftigung, die ihnen mehr einbringt und einen höheren Lebensstandard ermöglicht als die Übernahme des Hofes, so müssen sie über eine erstklassige gewerbliche Fachausbildung verfügen. Das alles ist für eine verhältnismäßig wohlhabende Volkswirtschaft wie die westdeutsche durchaus erreichbar. Zum Schluß mag noch ein persönliches Wort erlaubt sein. Ich bin einer der wenigen Bundestagsabgeordneten, die nicht für die Ratifizierung des EWG-Vertrags gestimmt haben, nicht nur wegen der hier dargelegten agrarökonomischen Konsequenzen, sondern auch wegen der damit angebahnten und leider nun zur Wirklichkeit gewordenen Zerreißung Westeuropas in zwei Blöcke, den der EWG und den der EFTA. Nachdem der Vertrag nun staatsrechtliche Wirklichkeit geworden ist, haben alle — sowohl die, die dafür gestimmt haben, wie diejenigen, die nicht dafür gestimmt haben — die Verpflichtung, ihn zu erfüllen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß seine positiven Möglichkeiten möglichst stark zum Tragen gebracht und seine negativen möglichst gemildert werden. Alles das aber fängt damit an, daß man die Wahrheit erkennt und die Wahrheit sagt.

*Carl Doehring, Hannover*

## Hochkonjunktur und Zahlungsmoral

**T**rotz der Jahre des Wirtschaftswunders, trotz Vollbeschäftigung und Hochkonjunktur haben viele von uns ein Gefühl des Unbehagens. Woher rührt dieses Unbehagen? Hängt es mit unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung zusammen? Liegt es daran, daß die Wirtschaft heute unser ganzes Leben so stark beeinflusst und daß wir den Wert eines Menschen weitgehend an seinen wirtschaftlichen Er-

folgen messen? Gilt noch der englische Begriff des „Gentleman“ in unserem Wirtschaftsleben? Was hält man von der amerikanischen Fairness und dem früheren Ideal des „königlichen Kaufmanns“?

Sicher gibt es auch heute noch solche Vorstellungen vom ehrbaren Kaufmann in weiten Kreisen der Unternehmer- und Kaufmannschaft und auch in der privaten Sphäre des einzelnen Menschen. Vielleicht ist das

Unbehagen am Wohlstand nur dort so verbreitet, wo der wirtschaftliche Erfolg nicht ausreichend fundiert ist und die Geschäftsgebarung auf einem schwankenden Grund beruht. Im Bereich der Zahlungsgewohnheiten lassen sich leider gewisse Erscheinungsformen nachweisen, die nur zu deutlich erkennen lassen, daß auch in einer Dauerkonjunktur nicht alles gut bestellt ist. Verständlicherweise hängt das auch damit zusammen, daß auch in der sozialen Marktwirtschaft die moralische Anerkennung ihrer unerläßlichen Attribute, Motive und Mechanismen, wie z. B. Wettbewerb, freie Preise, Gewinne, Zins, Unternehmerfreiheit oder sogar Spekulation, gegeben sein muß. Aber, so scheint hier die Frage zu sein, müssen nicht auch die ethischen Beziehungen, in die die Menschen in das Wirtschaftsleben verwickelt werden und die für den Wirtschaftsprozeß, die Wirtschaftsordnung und die Wirtschaftspolitik sowie für unsere geistige moralische Existenz allergrößte Bedeutung haben, getragen sein von dem Grundsatz des Maßhaltens und der Selbstdisziplin. Es ist das Abrücken von den Skrupellosen und Geschäftemachern.

### Veränderte Vorstellungen

Der Gedanke an den Gewinn ist an sich nicht verächtlich, unangenehmer wird das „Gewinnmachen“ nur dann, wenn die Grenzen der Ausnutzung wirtschaftlicher Möglichkeiten überschritten werden. Die Triebkraft wirtschaftlichen Strebens jedes einzelnen muß von moralischen Qualitäten getragen oder vom echten Wettbewerb, von der Rechtsordnung oder der Gruppendisziplin in Schranken gehalten werden. Auf diese Selbstdisziplin kann man sich jedoch auch in unserer Wettbewerbswirtschaft um so weniger verlassen, als hier leicht das Gesetz der Grenz-moral — eben das Verhalten der Skrupellosen und Geschäftstüchtigen — zur Regel werden könnte. Wie sieht dieses moralische Verhalten und diese Selbstdisziplin nun im Bereich der Zahlungsgewohnheiten aus?

Eine kritische Glosse in einer deutschen Tageszeitung weist an einem Beispiel schon auf diese Grenz-moral in der privaten Sphäre hin. Die monatlichen Rundfunk- und Fernsehgebühren müssen von den Postbeamten eingezogen werden. Da nur noch wenige Bürger unseres Staates ohne Rundfunk sind, ist das Quittungspaket der Zustellbeamten stark, und die einzuziehenden Summen sind beträchtlich, obwohl es sich im Einzelfall meist „nur“ um 2,— DM handelt. Um dieser zwei Mark willen aber müssen die geplagten Postbeamten oft ein halbes Dutzend mal klingeln, klopfen und warten, um dann zu erfahren, daß auch beim sechsten Vorsprechen das Geld nicht bereit liegt. Meistens kommen sie erst dann zu ihrem Geld, wenn ein Freitag oder ein anderer Lohnzahlungstermin gewesen ist. Die Fülle der Raten, z. B. für das Moped, den Plattenspieler, das Fernsehgerät und was sonst absolut unentbehrlich erscheint, gestattet offenbar vielen Leuten nicht, kleineren Verpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen. Unsere Zahlungsmoral — so schließt die Glosse — läßt offensichtlich zu wünschen übrig.

Sind solche Feststellungen auch im wirtschaftlichen Bereich und unter anderen Umständen in gleicher Weise zu beobachten? Seit Jahren ist die Insolvenzkurve im Bundesgebiet rückläufig, wie sich aus der nachstehenden Zahlenübersicht ergibt:

Jahr	Konkurse <sup>1)</sup>	Vergleichsverfahren <sup>2)</sup>	Relation zueinander in %
1954	4 132	1 191	78 : 22
1955	3 691	835	82 : 18
1956	3 418	695	83 : 17
1957	3 116	727	81 : 19
1958	2 814	540	83 : 17
1959	2 453	418	86 : 14

<sup>1)</sup> Einschl. mangels Masse abgelehnter Konkurse und Anschlußkonkurse. <sup>2)</sup> Ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.

Wenn davon ausgegangen wird, daß es mehr als 2,5 Mill. Unternehmen unterschiedlicher Größe in der Bundesrepublik gibt, wird, gemessen an dem jährlichen Durchschnitt, nur ein kleiner Bruchteil davon insolvent. Abgesehen von einer größeren Insolvenzanfälligkeit in einzelnen Wirtschaftsbereichen bietet sich im ganzen gesehen ein günstiges Bild der Insolvenzsituation dar.

### Bedenkliche Anzeichen

Kann jedoch aus den Zahlen der Insolvenzstatistik schon ohne weiteres auf gute Zahlungsgewohnheiten geschlossen werden? Das ist nicht der Fall, wenn gewisse Erscheinungen im heutigen Wirtschaftsleben zur Beurteilung der Frage, ob die Zahlungsmoral in der Hochkonjunktur als gut zu bezeichnen ist, analysiert werden. Immerhin gingen im Durchschnitt pro Jahr 500 000 Wechsel mit einer Gesamtsumme von 0,3 Mrd. DM zu Protest. In den letzten 5 Jahren wurden etwa 6 Mill. Bankschecks mit einer Gesamtsumme von 1,5 Mrd. DM nicht eingelöst. Im Handwerk wird über die hohen Außenstände geklagt, die sich bei durchschnittlich 3 000 bis 4 000 DM Forderungen je Handwerksbetrieb auf rund 2,5 Mrd. DM belaufen. Der Gesamtverband des Groß- und Außenhandels schätzt die Außenstände dieser Unternehmen auf 20 bis 25 % der Umsätze. Immer wieder wird über eine schleppende Zahlungsweise geklagt, und die Tatsache, daß die Zahlungsziele nur zu oft überschritten werden, spricht für eine laxen Auffassung. Auch Kreditinstitute weisen auf die Unpünktlichkeit bei der Innehaltung von Rückzahlungsvereinbarungen hin. Vielfach wird mit Hilfe von reichlich in Anspruch genommenen Lieferantenkrediten, die mit Rücksicht auf die Wettbewerbslage nur zu oft über Gebühr ausgenutzt werden, eine geschäftliche und private Situation vorgetäuscht, die auf schwachen Fundamenten beruht. Diese Erscheinungen stehen zur Hochkonjunktur in einem Gegensatz. Gerade im Stadium günstiger Wirtschaftslage müßte eher mit korrekten Zahlungsgewohnheiten gerechnet werden können. Selbstverständlich dürfen diese Beobachtungen nicht verallgemeinert werden, da bei der Mehrzahl der Unternehmen und Behörden eine vorbildliche Zahlungsregulierung besteht.

Aber auch wenn man den „Streusand“ unseriöser Firmen, den es zu allen Zeiten gegeben hat, unberücksichtigt läßt, ist nicht zu leugnen, daß sich die Vorstellungen über die Zahlungssitten gegenüber früheren Zeiten erheblich, und zwar im nachteiligen Sinne verändert haben. Konkurse wurden einstmals als unehrenhaft angesehen und waren nur bei außergewöhnlichen Umständen denkbar, die dann oft auch

nur durch unverschuldete Ursachen ausgelöst waren, wie z. B. bei Unglücksfällen (Feuersbrunst, Überschwemmung) oder durch unerwartete Veränderung der Marktlage, plötzlich auftretende Kriegsgefahr oder währungspolitische Spannung. Mängeln in der kaufmännischen Leitung, Fehldispositionen, veränderter Wettbewerbslage oder auch anderen Gründen persönlicher Art begegnete der anständige Schuldner früher durch rechtzeitigen Antrag auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens; es kam ihm dann aber auch auf die korrekte Erfüllung des abgeschlossenen Vergleiches an. Aus einer solchen Einstellung konnte ein Steigen der Insolvenzziffern als Auswirkung konjunktureller Abschwächungen und Beginn wirtschaftlicher Krisen dagegen ein Sinken der Zahlen als Anzeichen wirtschaftlicher Besserung gedeutet werden.

#### **Masselose Konkurse — unerfreuliche Zeiterscheinung**

Trotz niedriger Insolvenzzahlen in der gegenwärtigen Hochkonjunktur lassen sich hinsichtlich der Zahlungsmoral nicht mehr die gleichen Schlüsse ziehen. Für diese Feststellung sprechen auch einige andere Überlegungen, die auf Grund der Ziffern in der Insolvenzstatistik angestellt werden können. So betrug z. B. der Anteil der eröffneten Vergleichsverfahren an der Gesamtzahl der Zahlungseinstellungen 1951 noch rund 27 %, 1959 aber nur noch 14 %. Erheblich ist auch der Anteil der Totalzusammenbrüche, also jener Konkurse, die mangels Masse eingestellt wurden. Im Durchschnitt der letzten Jahre waren es etwa ein Viertel, praktisch gehen also die Gläubiger bei jedem vierten Konkurs leer aus.

Die gesamten feststellbaren Insolvenzverluste sind seit der Währungsreform auf etwa 5 Mrd. DM zu schätzen. Dabei hat sich auch in erschreckender Weise die durchschnittliche Auszahlungsquote für die nicht bevorrechtigten Gläubiger der im Jahre 1958 abgewickelten Konkurse verringert. Sie betrug nämlich nur noch 7,0 % und war die geringste Quote seit der Währungsreform. Auf der anderen Seite ist durch diese Tatsache ein zunehmendes Sicherheitsbedürfnis der Gläubiger ausgelöst worden, das u. a. in dem wachsenden Anteil der bevorrechtigten Forderungen sowie der Ab- und Aussonderungsrechte bei Konkursen sichtbar wird und über den sogenannten verlängerten Eigentumsvorbehalt zu einer immer geringeren Konkursquote führt. Zudem erledigt sich eine wachsende Zahl von Konkursachen nach Eröffnung des Verfahrens dadurch, daß die vorhandene Konkursmasse durch die Kosten und die oft viel zu lange Dauer des Verfahrens aufgezehrt wird. Das Beunruhigende der Situation liegt nicht allein in der radikalen Aushöhlung der Konkurs- und Vergleichsmasse. Hierzu tritt die weit vorgeschrittene Untergrabung des Paritätsprinzips. Die Gläubiger eines gestrandeten und zusammengebrochenen Unternehmens sitzen nicht mehr gemeinsam in einem Boot. Die Machtkonzentrationen wirken sich auch bei den Insolvenzen aus. Die Mächtigen der Wirtschaft werden auf Grund umfassender Sicherungen von den Verlusten weit weniger betroffen als die kleinen. In dieser jetzigen Erstarrung hat daher die deutsche Insolvenzgerichtsbar-

keit ihre reinigende Wirkung für die Allgemeinheit verloren. Sie ist nicht mehr in der Lage, abschreckend zu wirken und rechtzeitig unerwünschte Schuldner aus dem Wirtschaftsleben zu entfernen.

#### **Statistik der Zahlungsschwierigkeiten**

Das Statistische Bundesamt sollte bei sorgfältiger Analyse des bisherigen Erkenntniswertes doch zu dem Entschluß kommen, an einen Umbau der Insolvenzstatistik zu denken und sie an Hand anderer vorhandener Daten in eine „Statistik der Zahlungsschwierigkeiten“ zu erweitern, in der die Insolvenzstatistik sicher immer noch ein sehr wichtiger Teil bleibt. Dazu sollten folgende statistischen Daten gehören:

1. Zahl und Summe der Wechselproteste,
2. Zahl und Summe der Scheckproteste,
3. Zahl der Offenbarungseide und Haftbefehle,
4. Zahl der Zahlungsbefehle und der gerichtlichen Mahnverfahren,
5. Zahl der Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen,
6. Befragungssystem der Industrie- und Handelskammer.

Zahl und Summe der Wechselproteste werden bereits von der amtlichen Statistik erfaßt. Zahl und Summe der Scheckproteste liefert die Bankenstatistik. Die anderen Ergebnisse können mit einer gewissen Aufgliederung und methodischen Vereinheitlichung den Geschäftsstatistiken der Gerichtsbehörden entnommen werden. Auf diese Weise würde zweifellos ein zuverlässigeres Bild über die Zahlungssituation in der Bundesrepublik geschaffen werden. So könnte dann gesagt werden, daß trotz konstanter Zahl der Insolvenzen bei steigenden Zahlen der Offenbarungseide, gerichtlichen Mahnverfahren usw. — abgesehen von saisonalen Erscheinungen — die Zahlungsdisziplin mit Vorsicht zu beurteilen ist. Andererseits dürften sinkende Ziffern in allen Arten der Gläubigermaßnahmen eine optimistische Beurteilung der Zahlungsgepflogenheiten zulassen. Umgekehrt würde ein Steigen in allen Sparten dieser Statistik der erwähnten Gläubigermaßnahmen als ernsteres Symptom der Wirtschaftslage angesehen werden müssen. Zur Zeit erleben wir ein Absinken der Insolvenzkurve, aber unterschiedliche Entwicklungen der sonstigen Gläubigermaßnahmen, wie z. B. eine gleichbleibende hohe Zahl der Scheckproteste und Summe der Wechselproteste sowie unpünktliche Zahlungsregulierungen. Auch wenn die wachsenden Wirtschaftsumsätze hierbei berücksichtigt werden müssen, sollte es z. B. im Zeichen einer Hochkonjunktur eine derartige Massierung von Scheckprotesten oder unpünktliche Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen nicht geben. Auf jeden Fall könnte eine koordinierte „Statistik der Zahlungsschwierigkeiten“ eine bessere Erkenntnis von der allgemeinen Zahlungssituation vermitteln, als es die amtliche Insolvenzstatistik für sich allein mit den ihr anhaftenden Schwächen zu geben vermag. Unabhängig davon aber wird man sich fortgesetzt um mehr Ethik in der Wirtschaft bemühen müssen. Dazu muß jeder von uns selbst beitragen.